

Nummer 73 — 22. Jahrgang
ersch. 10mal wöchentlich. Bezugspreis für Mai
5000 M. Einzelheftepreis: Die eingepaltene Beilage
250 M., für Familien- und Vereinsabnehmer, 200 M.
und 160 M. Die Zeitungsbeilage, 80 M.
und 750 M. Offertenebener für Selbstabholer 20 M.
Bei Lieferung durch die Post außerdem Portozuschlag.
Preis für die Einzelnummer 250 Mark
Geschäftlicher Teil: Josef Hoffmann, Dresden

Mittwoch, den 16. Mai 1923
Im Falle höherer Gewalt erfolgt jede Verpflichtung auf
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Kaufträgen und
Reklamationen von Schabenerlag. Für unregelmäßig und durch Fern-
sprecher übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-
antwortung. Unbestätigt eingelangte und mit Rückporto
nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.
Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags.
Dauerschriftleiter: Dr. Josef Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresdener Altstadt 16, Postfach 48
Telefon 89729 / Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:
Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.
Dresden, Altstadt 16, Postfach 48

Unwichtige „Wichtigkeiten“ Sächsischer Landtag

Dresden, 14. Mai.

Ueber das deutsche Volk hat wieder einmal das Schicksal
keine Mittide gebreitet, nicht minder unheilvoller wie im An-
fang der 1910er Jahre. Wird es diesmal ein Volk finden, das ent-
setzt und darum größer ist als damals? Das endlich eingese-
hen hat, daß alle Hoffnung auf Hilfe von außen trü-
gerisch ist, und das darum einig und geschlossen diesem Schick-
sal die Stirn bietet? Es gehört keine Prophetengabe dazu, diese
Fragen glatt zu verneinen. Man braucht nicht erst die sozialisti-
schen Prophezeien in die Hand zu nehmen, um zu erkennen, daß
Herrn Poincaré's Saat die besten Früchte getragen
hat. Und unsere gelobte sächsische Regierung hat andere
Sorgen, als sich um die Not des gesamten Volkes zu kümmern:
Man hat gerade genug damit zu tun, die Kommunisten bei
guter Laune und damit diesem Kabinett einige Wochen, und
wenn es gang gut geht, höchstens einige Monate seine küm-
merliche Herrschaft zu erhalten. Man hätte annehmen sollen,
— so wird wenigstens der Vorstand der Verfassungen urteilen —
daß Regierung und Parlament jetzt keine andere Aufgabe hätten,
als alle Kräfte zusammenzufassen, über Mittel
und Wege zur Abwehr der endgültigen Verfallung zu sinnen
und mit dem jetzt gerade besonderen Gewicht Sachens hinter
die Reichsregierung zu treten, damit man an der Rhein-, Seine,
am Tiber und im Weißen Hause in Washington endlich erkennen
könnte, wie sehr man sich dabei verrechnet hätte, an dem Reize
der unfeindlichen traditionellen deutschen Politik die eigenen An-
stalten zu rufen. Nichts von alledem. Regierung und
Landtag der rechten Regierungsmehrheit beherrscht Landtag
von dem einen Willkür übersteigt, die, weiß Gott unwichtig ge-
nug ist.

Gerade, auch in schwersten Zeiten kann eine Regierungs-
maschine nicht still stehen, müssen notwendige Arbeiten erledigt
werden. Aber könnte es nicht hierbei sein Fehlschießen geben?
Müssen nicht alle Experimente vermieden werden,
die das staatliche und öffentliche Leben noch weiter verwirren
und die Gesundheit des einzelnen Volksgliedes noch
tiefer reißen? Statt dessen werden alle Gelegenheiten benutzt,
ja sogar an den Noorden herbeizuziehen, gerade in dieser
schwierigen Zeit mit besonderer Heftigkeit zu wirken. Einzelne
Punkte der heutigen Tagesordnung, wie der Gesetzentwurf über
eine weitere Minderberufung des Stimmrechtsverzeichnisses, über
den Entwurf der Kostenordnung für Rechtsanwaltschaft und Notare,
über die Aufhebung der Kosten bei Zusammenlegung von Grund-
stücken und den Verlangen- und Befolgungssachen der Landesbrand-
versicherungsanstalt auf das Jahr 1923 hätten schon längst er-
ledigt sein können, sie verschwinden aber noch erst, obwohl sie
inzwischen durch unsere rasche wirtschaftliche Abwärtsentwicklung
höchst überholt sind, in den Ausschüssen, um dann, wenn
sie wieder das Licht der Öffentlichkeit erblicken, desto sicherer
berastet zu sein. Sind die Verfassungen nicht noch schärfer
geworden, als sie vor 1914 waren? Ein ernstlicher Ge-
sichtspunkt schon die zweite Beratung über die Altersgrenze
und Pensionsdienerschaft der Beamten und Be-
hörden, die, daraus machen die Sozialisten kein Hehl, nur der
Zweck hat, die Vermehrung von den alten Beamten zu „revidieren“
und ersetzungsstättige Beamte an deren Stelle zu
bringen. Der davor noch im Zweifel war, den Vorstoß der
Kommunisten Manner mit seinen einseitigen Ausführungen,
worauf er ausdrücklich zum Ausdruck brachte, daß die Kom-
munisten mit allen ihren Anträgen nur rein politische
Ziele verfolgten, und daß es ihnen also auch hier nur darum
zu tun wäre, die Vermehrung von „reaktionären Beamten zu
helfen“. Besonders haben es ihm die Universtitäten,
Lehrer an Schulen, kein Mitglied der kommunistischen Jugend-
schaft hat feilsch eine andere Kenntnis von einer Hochschule, als
daß man sich ein Gedächtnis mal von außen gesehen oder etwa
„kommunistisch“ innen bei den verschiedenen Tummeln ge-
wirkt hat. Aber es unbedenklicher diese Plätze des moder-
nen Parlamentarismus von jeder Kenntnis und Ver-
ständnis zu trennen, um so besser läßt es sich ja schmecken. Schließlich
wurden aber auch die Hochschullehrer in diesem sächsischen Ge-
setzgebungsorgan, und mit Einschluß der Demokraten von
Sozialisten und Kommunisten die Regierungsverträge anzu-
nehmen, wozu alle höheren Beamten, die bis zum 1. April 1923
das 65. Lebensjahr vollendet haben, an diesem Tage von der
Minderberufung verschont werden. Deutschnationale und Deutsche
Volkspartei stimmten dagegen. Die Folgen davon, be-
sonders, was die Universtität und die anderen Hochschulen betrifft,
wird die sächsische Regierung ja bald unangenehm zu spüren be-
kommen.

Die Tagesordnung war noch um einen Punkt erweitert
worden. Eine ganze Weile hatte sich der Landtag noch mit der
kommunistischen Forderung der Unterbrechung der Gewerkschaften
unterstützung zu unterhalten. Auf die Reichsgesetze
weisen ja bekanntlich die Herren Kommunisten erst recht, und
so wäre es ihnen am liebsten, wenn die sächsische Regierung,
daran die Kommunisten-Gesetzgebung mit den produktivsten
kommunistisch-sozialistischen Bundesstaaten nach Berlin abzu-
und dort die Reichsregierung Mauer lehrte. Die kommunistischen
Redungen auf dem Keller und anderwärts sind ja soweit
gehoben, daß eine Mobilisierung nicht länger fallen könnte.
Aussprechend dem Sozialisten Sachse fiel die Aufgabe zu,
den Reichstest der Volkshilfe auf die kommunistischen Wägen
zu breiten. Doch nämlich, wenn die kommunistischen An-
träge angenommen würden, das Reich die Zuschüsse für Sachse
erhalten würde, daß nach dem Willen der Kommunisten die Ge-
werkschaften zum großen Teil wöchentlich 90000 Mark, also mehr,
als viele Arbeiter in den Betrieben erhalten würden, und daß
endlich die beste Gewerkschaftsfürsorge die Be-
schaffung von Arbeit wäre. Wenn das ein 11. März-
licher gesagt hätte. . . . Wer das Indierengeseul, das
die Kommunisten bei diesen vernünftigen Ausführungen des Ab-
geordneten Sachse anstimmten, genähte auch so. Und so wurden
alle kommunistischen Anträge abgelehnt, und die
Kommunisten haben reichlichen Stoff, ihre Agitation gegen ihre

Vor neuen wichtigen Entscheidungen

Unangenehmer Eindruck der englisch-italienischen Noten in Berlin — Dennoch Weiterführung der internationalen Besprechungen — Keine Entscheidung vor dem Pfingstfeste — Eine Annäherung zwischen Türkei und Griechenland

Heute Kabinettsrat in Berlin

Berlin, 15. Mai.

Gestern vormittag traf Reichskanzler Cuno wieder aus
München i. B. in Berlin ein. Der allgemeine Eindruck auf Grund
der englischen und italienischen Note ist wohl der, daß eine An-
näherung durch die Noten nicht gegeben wurde, daß jedoch der
Weg für weitere Verhandlungen offen gehalten ist. Die
Kernpunkte der deutschen Vorschläge, Nachprüfung der
deutschen Leistungsfähigkeit durch ein internationales Kom-
itee, die Frage der politischen Sicherungen und das
Angebot des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens,
liegen die Noten unerwähnt. Eine Kapitulation Deutsch-
lands jedoch, womit man sich vorläufig zu trösten sucht, wird
nicht gefordert. Die Verhandlungen aus den Kreisen der Regie-
rungspartei laufen sehr zügig. Vorwiegend ist die Stim-
mung pessimistisch. Die äußerste Rechte scheint der Auf-
fassung zu sein, daß weitere Ausreden keinen Zweck haben,
da sich England auf die Seite Frankreichs gestellt habe. In
den Kreisen der Regierungspartei ist man offensichtlich ent-
täuscht darüber, daß wichtige Mächte der deutschen Note an-
scheinend in London nicht richtig aufgefaßt worden
sind.

Berlin, 15. Mai. Die zu gestern Nachmittag anrichtete Ka-
binettssitzung wurde noch im letzten Augenblicke ver-
schoben. Man rechnet damit, daß das Kabinett im Laufe des
heutigen Tages zum ersten Male sich mit den Ausdrückungen
der englischen und der italienischen Regierung beschäftigen wird.
Dann die Reichsregierung mit der Parzellierung über
die Noten sprechen wird, läßt sich im Augenblicke noch nicht sagen.
Im Laufe des heutigen Abends treten die weiteren Fraktionen des
Reichstages zusammen, um den Inhalt der Wortreden zu prüfen.
Trotzdem die Noten der englischen und der italienischen Regierung
innerhalb der Parteien einen sehr unangenehmen Eindruck
gemacht haben, ist man doch der Meinung, daß die Reichsregierung
in irgendeiner Form versuchen müsse, die internationalen Be-
sprechungen weiterzuführen. In Reichstagskreisen wird vielfach
der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung, bevor
sie zu einer Verantwortung der Note schreibe, Käufer aus-
scheiden müsse, um festzustellen, welche Konsequenzen und etwa die
englische Note geben könnte. Zunächst wird es wohl abernach
zu vertraulichen Besprechungen auch mit maßgebenden Per-
sonen der Wirtschaft kommen. Die drückende Lage
bis zum Pfingstfeste ausfüllen. Mit einer Entscheidung über
die weiteren Maßnahmen der Reichsregierung ist also vor dem
Pfingstfest zu rechnen. Dem Reich über die Möglichkeit einer
Kabinettsliste wird von ernstlichen Politikern keinerlei
Gewicht beigemessen.

Die Kritik in Paris, London und Rom

Paris, 15. Mai.

Die Antwortnote Englands und Italiens bildet in der
Reichsregierung ausführlicher Besprechungen. Einerseits wird
mit Beugung von der scharfen Tonart dieser Noten
Kenntnis genommen. Andererseits bemerkt man mißfällig, daß
die Antwortnote mit Stillschweigen übergegangen worden ist.
„Echo de Paris“ erklärt, daß der Eindruck in den Regierungskreisen
ganz gut sei. Was die italienische Note betreffe, so sei sie
ebenfalls als sehr günstig aufgenommen worden, und zwar aus
zwei Gründen. Erstens wird die Frage der internationalen
Schulden darin klarer ist und zweitens weil sie von
Frankreich und Garantien spricht. Gutin schreibt, die
Hauptfrage sei, daß die englische und die italienische Note die
Möglichkeit einer Annäherung an den französisch-belgischen
Standpunkt ergebe. Dieses Mal müsse Deutschland begreifen,
worin es sich handelt und es könne nicht länger aufweichen.

Paris, 15. Mai. „Reit Parisien“ schreibt: Der
Hauptpunkt der englischen sowohl als auch der italienischen Note
scheint zu sein, daß man sowohl in London, wie auch in Rom
wünscht, daß jetzt eine Unterhandlung mit Deutschland um jeden
Preis zustande kommt, und man zu einer Lösung des
Ruheskonfliktes gelangt. Das Wort hebt hervor, daß weder Frank-
reich noch Belgien sich hierzu bereitstellen können, solange nicht
im Prinzip von Deutschland anerkannt werde, daß die Räumung
des Ruhrgebietes die Zahlung der Reparationen und die sofortige
Beseitigung des passiven Widerstandes zur Voraussetzung
haben müsse. — Das „Echo national“ schreibt: Wir werden
die Konferenz von London vom April und Mai 1921 mit
anderen Personen im Vordergrund wiederzuerleben. Die dann
nachdem sie sich geendet haben, gemeinsam ein neues Minimum
nach Berlin senden werden. Die Deutschen ihrerseits werden
dann wohl einen neuen Herrn Wirth entdecken, der zwar bereit
sein wird, anzunehmen, aber niemals zu erfüllen. Dann, so
schreibt das Blatt weiter, werden sich die alliierten Minister
wenn sie sich den neuen deutschen Vorschlägen gegenübersehen,
ebenso leicht einigen, wie im Jahre 1921. Die Ruhrbesetzung
würde demnach noch als Drohung, und sie ist auch heute noch
unserer bis heute unfruchtbar gebliebenen Be-
setzung nur eine solche.

geliebten Koalitionsglieder auf 14 Tage tägl. besetzen zu können.
Selbst Herr Dr. Reigert stimmte als Abgeordneter mit
schmerzlichen Blick auf seine kommunistischen Regierungsglieder ge-
gen seine Partei. Er, Herr Dr. Reigert, wenn
das man nicht „ins Auge geht“. . . . Schließlich verhandelte
man noch über zwei Anträge der Volkspartei, nämlich die Kö-
nig und Genossen über Förderung der Bauwirtschaft, wodurch
viele Erwerbslose am besten unterstellt werden können. Mit

London, 15. Mai. In der englischen Presse findet die
britische Antwort an Deutschland gelobte Aufnahme. Man bemängelt
hauptsächlich das Fehlen einer klaren Dar-
legung der englischen Reparationspolitik. Vor
allem aber wird die Aufrechterhaltung des deutschen Vorschlags,
die ganze Reparationsfrage einem unparteiischen inter-
nationalen Tribunal zu unterbreiten kritisiert.
— „Daily Telegraph“ schreibt: Die Amerikaner würden
zweifellos bedauern, daß die britische Regierung den Gedanken
aufgegeben habe, Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch einen in-
ternationalen Sachverständigenausschuss feststellen zu lassen, doch
sei dies vielleicht unvermeidlich gewesen. — „Westminster
Gazette“ schreibt: Lord Curzon Antwort sei ein noch ent-
schiedenere Dokument als die deutsche Note. Gemessen an der
gebotenen Gelegenheit sei Curzon Rede ein Meisterstück. Die
Note ermutige die deutsche Regierung kaum, einen neuen Ver-
such zu machen, denn sie verweise bei allen Schwächen der
deutschen Note und lasse ein wichtiges Verfallmerkmal unberück-
sichtigt. Es sei keine Bezugnahme auf das deutsche Angebot vor-
handen, die gesamte Reparationsfrage dem von Staatssekretär
Dugès vorgeschlagenen unparteiischen internationalen Tribunal
zu unterbreiten. — Ähnlich urteilen die „Times“.

Rom, 15. Mai. Ueber die letzten mittags ausgehenden ita-
lienische Antwortnote äußern sich bisher nur wenige Politiker.
Sie beschränken sich darauf, ihrer Verdrigung darüber
Ausdruck zu geben, daß die Note den Weg zur Verständigung
weise.

Italien und die internationalen Schulden

Mailand, 15. Mai. Der italienische Schatzminister De
Siani erklärte in einer Rede in Mailand mit Bezug auf die
internationalen Schuldenfrage, die Regelung der internationalen
Schuldenlasten werde einen neuen Stabilisationsfaktor in den
wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande und für die
wirtschaftliche Lage des Landes bilden. Reparationen und inter-
nationalisierte Schulden scheinen immer von einander abhängig. Es
liege auf der Hand, daß Italien Deutschland in dem Maße ent-
lasten könne, als es von seinen Gläubigern entlastet wird.
Das Verbot der deutsch-völkischen Freiheitspartei

Das Verbot der Deutsch-völkischen Freiheitspartei

Schwere Angriffe gegen die Regierung.

Berlin, 15. Mai.

Gestern wurde im Reichstage die Aussprache über die In-
terpellation über

das Verbot der Deutsch-völkischen Freiheitspartei

und die Selbstschutzhilfsorganisationen fortgesetzt.
Abg. v. Guérard (R.) bedauert diese innerpolitische
Debatte. Die Einzelheiten und der Umkehrkampf an der Hand
werden dadurch geschädigt. Klare Haltung ist einseitig. Wir
sind föderalist. Wir haben angenommen, daß politische Parteien
und deren Organisationen nicht verboten werden können. Bei
genauer Prüfung des Gesetzes hätte ich allerdings, daß die
Handhaben für das Verbot des Verbotens gegeben waren. Wir
sehen ab, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Wir
sind es durchaus, wenn die Regierung genau die Ausdrückungen
von rechts und links die schärfsten Maßnahmen anwendet. Der
Schutz der Bürger ist nur Aufgabe des Staates.
Abg. v. Graef (D.) Die Rede des Zentrum-Abg.
kann ich fast durchaus unterschreiben, ebenso die des Vertreters
der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtage. Wir be-
grüßen es, daß Minister Schwering auch gegen die proletari-
schen Hunderttausenden vorgehen will. Wir bedauern es
daher:

In Sachen des proletarischen Hunderttausenden geradezu
einen Teil der Regierungsgremien bilden.

Abg. v. Graef (D.): Wie kann die Reichsregie-
rung schweigend der Verfolgung unserer Organisation zusehen,
während wir doch längst vor dem Verbot des Zentralischen Ver-
botes mit dem Reichskanzler Cuno und seinem Kabinett
ganz richtig über alle unsere Organisationen gesprochen haben
und anerkannt worden ist, daß sie als legale Organisationen im
Interesse der Reichsregierung liegen? Ich frage die
Regierung:

Ist es nicht wahr, daß wir der Reichsregierung alle unsere
Organisationen genau genannt haben? Will die Regierung
sich länger schweigend verhalten, weil sie sich darauf ver-
lassen hat, daß unsere Männer aus Rücksicht vielleicht zu
zeitweilig schweigen würden und daß sie nicht die derzeitige
Reichsregierung in Verlegenheit
bringen wollen? Wir können nicht länger schweigen,
wenn die Verfolgung aller nationalen Kräfte durch eine
sogenannte nationale Regierung gebildet wird.

Reichsinnenminister Dejer

Ich habe mich mit dem Reichskanzler in Verbindung
gesetzt, um zu erfahren, wie die Dinge sich verhalten. Ich kann
folgendes mitteilen: Dem verhafteten Oberleutnant Rothbach
war es gelungen, einmal zum Reichskanzler vorzudringen. Er

einigen sozialistisch-kommunistischen Abänderungen wurden diese
Anträge auch angenommen, die eine erfreulich positive Hand-
lung inmitten aller Phrasen der Linken darstellten.

Und morgen ist wieder eine Sitzung. Mitvergnügt, höchstens
mit einem kleinen Sturze im Wasser. Und brauchen toll
ein Sandsturm heron, der alles Leben vernichtet, aber die kom-
munistisch-sozialistischen Ströme reden der Kopf in den Sand
und leben das Unheil nicht.

hat dem Reichskanzler Mitteilungen unterbreitet über die Erleichterung der Jugend durch Turnvereine. Diese Mitteilungen haben dem Reichskanzler, der weder den Namen noch die politische Bedeutung des Reichstags damals kannte, veranlaßt, zunächst Erkundigungen einzuziehen. Nach dem Ergebnis dieser Erkundigungen hat er es abgelehnt, nachher nochmals zu empfangen. Dem Abgeordneten v. Gräfe hat der Reichskanzler wiederholt gesprochen, was schon aus der Eigenschaft des Herrn v. Gräfe als Mitglied des Reichstags begründet ist. Der Reichskanzler hat sich bemüht, Herrn v. Gräfe vor Unfluthen zu warnen. Herr v. Gräfe hat in Leipzig lebendig behauptet, daß er dabei auch von der wachsenden Erbitterung rechtsgerichteter Kreise gesprochen habe, die wegen einseitigen Vorgehens gegen rechts denkenden sei. Der Reichskanzler soll hierbei nach den eigenen Angaben des Herrn v. Gräfe erwidert haben, daß er diese Dinge sehr ernst nehme, also eine ganz allgemeine Behauptung. Herr v. Gräfe hat daraufhin dem Reichskanzler ersucht, ihm eine Unterredung mit dem Chef der Generalleitung General v. Seefeld zu verschaffen. Nach Würdigung der sachlichen Lage hat es der Reichskanzler aber entschieden abgelehnt. Herr v. Gräfe an General v. Seefeld zu empfehlen. Der Reichskanzler ermächtigte mich, ausdrücklich festzustellen, daß er über die Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei erst ausführlich bei der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof Näheres erfahren habe.

Im Schlusswort für die Interpellation erklärt Abg. La-verrenz (Dn.), daß die Beantwortung der Interpellationen nicht befriedigt habe. Der Innenminister habe sich seine Aufgabe leicht gemacht.

Die Interpellation ist damit erledigt. In der Abstimmung zum Etat wird eine Entschließung Herrg (Dn.) auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik gegen die Antragsteller und einen Teil der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Ausgenommen wird eine Entschließung Dr. Sell (Dn.), zur Wahrung der Interessen der Rhein- und Ruhrbedürftigen und schließlich die Befreiung der für Befreiungsschäden zu gewährenden Vergütung mit den erforderlichen Maßgaben zu versehen, sowie alle Maßnahmen zu treffen, um die sofortige Auszahlung zu gewährleisten.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr: Fortsetzung der dritten Lesung des Finanzetats.

Die Maßbestimmungen für das Ruhrgebiet

Dortmund, 15. Mai.

Die Franzosen haben im besetzten Gebiete die Bestimmungen über die Jarelle, den Verkehr und den Aufenthalt von Personen in den besetzten Gebieten bekanntgegeben. Die deutschen Behörden werden vorläufig an der Ausführung der erforderlichen Anordnungen nicht mitwirken, da die Regierung zu diesen französischen Bestimmungen noch nicht Stellung genommen hat und die Einrichtung einer Behörde für den aufgezogenen Gebietsteil bei Strafe verboten ist. Die Einreise soll nur bei dringendem Bedürfnis erfolgen. Ausnahmen betreffen nur für den Grenzverkehr und Personen, die berufsmäßig die Verbindung zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Grenzgebiet aufrechterhalten müssen.

Wiesbaden, 15. Mai. (Drahtbericht.) Am 8. Mai wurden hier 13 Lehrer höherer Schulen von den Franzosen ausgewiesen. Keiner hat für eine solche Maßnahme auch nur den leisesten Vorwand geboten, aber sie sind alle 13 aus dem Rhaier Gewässern. 20, 30 und sogar 50 Jahre haben sie am Rhein gewohnt und das Rheinland als ihre Heimat schätzen gelernt.

Das Ende des Saarberarbeiterkreises

Saarbrücken, 15. Mai. Die in den letzten Tagen zwischen der französischen Bergwerksdirektion und den Vertretern der saarbrückener Bergarbeiter geführten Verhandlungen haben folgende Einigung erzielt: Maßregelungen anlässlich des Streiks finden nicht statt. Die Löhne sind in der obersten Stufe um fünf Prozent zu erhöhen. In der untersten Stufe um dreizehn Prozent zu erhöhen. Der Streik der Saarberarbeiter hat damit nach einer Dauer von genau hundert Tagen sein Ende genommen.

Französische Uebergriffe gegen den König von Schweden

Wannheim, 15. Mai. Wie erst jetzt bekannt wird, haben sich die Franzosen in Offenburg schwere Uebergriffe gegen den König von Schweden und den Großherzog von Baden erlaubt. Dem Wannheimer Generalmajor wird darüber berichtet: Aus Anlaß der Besetzung der Großherzogin Luise von Baden kam der König von Schweden sowie der frühere Großherzog von Baden durch Offenburg. Drei wurden sie von der französischen Besatzung angehalten und zur Kommandantur geführt, wo sie von dem Kommandanten einige Stunden verhört und angefangen gehalten wurden, bis es schließlich dem Einspruch des Königs von Schweden gelang, die Freiheit wiederzuerlangen. Der französische Kommandant Cassand hat Offenburg verlassen und dürfte vermutlich nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Da die Teilnahme des Königs von Schweden eine schwere Verletzung seiner Souveränitätsrechte bedeutet, wird der Vorfall noch ein diplomatisches Nachspiel haben.

Griechisch-türkische Sonderverhandlungen

London, 15. Mai. Die seit mehreren Tagen angelegentlich behandelte Angelegenheit, sich mit den Türken unmittelbar ins Benehmen zu setzen, ist am Montag in Erfüllung gegangen. Benizelos hatte am 14. Mai nachmittag eine längere Besprechung mit Ahmed Rıza, in der verschiedene Reparationsfragen erörtert wurden. Dieser Besprechung wird in hiesiger politischen Kreise größte Bedeutung beigemessen: Ist es doch seit Kriegsende das erste Mal, daß sich ein griechischer und ein türkischer Staatsmann öffentlich ohne Zeugen über Reparationsfragen unterhalten.

Paris, 15. Mai. (Drahtbericht.) Die gestrige Zusammenkunft in Lausanne zwischen Benizelos und Ahmed Rıza gibt der hiesigen Presse viel zu denken. Benizelos hat gestern Abend dem General Basset von dem Schritt, den er bei der türkischen Delegation unternahm, noch Mitteilung gemacht. Griechenland und die Türkei werden sich verständigen. Aufgabe der Verbündeten ist es, einzuschreiten, sobald eines der beiden Länder eine zu große Willkürlichkeit an den Tag legt. Der Vertreter der „Dava“ berichtet über ein Interview, das ihm gestern nach Benizelos zugefallen hat. Benizelos erklärte: Ich habe zwei Stunden mit Ahmed Rıza über verschiedene Reparationsfragen, zumal Fragen des griechisch-türkischen Reparationsproblems unterhandelt. Die Besprechungen gehen am nächsten Donnerstag weiter. Vorläufig kann ich weiter nichts sagen.

Trauerfeier für Worowski

Moskau, 15. Mai. Hier wurde zu Ehren des ermordeten Delegierten Worowski am Montag eine Trauerfeier abgehalten. Tschichowin hielt eine längere Rede, in der er erklärte, daß die schwebende Frage der Reparationen verantwortlich sei, da sie ungeachtet verschiedener Drohungen keinerlei Fortschritte gemacht habe. Die moralische Verantwortung trügen Frankreich und England.

Lausanne, 15. Mai. Der Lausanner Untersuchungsrichter in der Angelegenheit der Ermordung Worowski hat sich nach Genf begeben, wo verschiedene Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden und auch ein Koffer verhaftet worden ist. Wie bekannt, ging für den Mörder Conrad nach seiner Verhaftung noch ein Exzessbrief aus Genf mit einer Geldsumme ein, der in die Hände des Staatsanwaltes fiel.

Wesfahrsentag der Zentrumspartei

Der Kreisvorsitzende des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau-Plauen hat die Einladung ergehen lassen zu einem Wesfahrsentag der Zentrumspartei. Der Geschäftsführende Ausschuss des Landesverbandes der sächsischen Zentrumspartei bezieht die Veranstaltung auf das lebhafteste. Die Tagung wird über den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Plauen hinaus auch Leipzig umfassen. Schon jetzt hat der Vorsitzende der Leipziger Ortsgruppe die Teilnahme von Delegierten aus Leipzig in Aussicht gestellt. Man kann daher mit Recht im weitesten Sinne des Wortes von einem Wesfahrsentag der Zentrumspartei sprechen.

Im Auftrag des Geschäftsführenden Ausschusses der Zentrumspartei lade ich auch hierdurch die Zentrumsdankhänger Wesfahrsentag der sächsischen Zentrumspartei ein. Wir zweifeln nicht, daß die Tagung in Zwickau einen ebenso wichtigen und erhebenden Verlauf nehmen wird, wie der noch in aller Erinnerung stehende Ostfahrsentag der sächsischen Zentrumspartei, der am 22. Januar d. J. in Schirgiswalde stattfand. Mit außerordentlicher Dankbarkeit werden es die Parteifreunde begrüßen, daß auch für die Zwickauer Tagung Herr Reichstagsabg. Johann Giesberts, Reichsminister a. D., seine Teilnahme bestimmt zugesagt hat. Die Verhandlungen werden eingeleitet mit einer geschlossenen Versammlung, die bereits vormittags 11 Uhr (nicht 1 Uhr mittags) im Deutschen Hause in Zwickau (Schneebergerstr.) stattfindet. Die erste Vormittagsstunde praktisch mußte angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung gewährt werden. In dieser geschlossenen Tagung haben alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der Wahlkreise Chemnitz-Zwickau-Plauen und Leipzig Zutritt. Es wird dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Dann nach der Eröffnung der Tagung durch den Kreisvorsitzenden Herrn Kaufmann Fasel wird sofort Herr Reichsminister Giesberts das Wort nehmen, um in der geschlossenen Sitzung ausführliche Mitteilungen über die außen- und innenpolitische Lage zu machen. Danach wird sich eine Aussprache schließen, dann wird die geschlossene Versammlung sich mit der politischen Lage in Sachsen und mit bedeutenden Organisationsfragen zu befassen haben.

Nach einer kurzen Mittagspause wird um drei Uhr im großen Saale des Deutschen Hauses in Zwickau die allgemeine Zentrumsversammlung beginnen, in der ebenfalls Herr Reichsminister Giesberts das Hauptreferat über die politische Lage halten wird. In der Nachmittagsversammlung um drei Uhr sind alle Zentrumsdankhänger und Zentrumsdankhängerinnen aufs herzlichste eingeladen, es wird erwartet, daß beide Veranstaltungen zahlreich besucht werden. In Schirgiswalde hat sich beim Ostfahrsentag gezeigt, daß schon die geschlossene Versammlung mit so einem hervorragenden Redner von größter Bedeutung für die Partei ist. Wie beim Ostfahrsentag, so werden sicherlich auch beim Wesfahrsentag die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute aus allen Orten die Ober- und Mithen nicht scheuen, um an der Tagung teilzunehmen. Ebenso zweifeln wir nicht, daß die Parteifreunde der im Frage kommenden Kreise und vor allem der Stadt Zwickau und Umgebung für einen starken Besuch der Nachmittagsversammlung Sorge tragen werden. Schon das Echo, das seitens der Ostfahrsentag der Zentrumspartei in der gesamten Presse hervorgehoben hat, beweist die Bedeutung dieser Tagung.

Mit Freude kann bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß fast überall im Lande und nicht zuletzt in Westfalen in den letzten Wochen, vor allem in den Ortsgruppen, die Parteifreunde eine rege Tätigkeit entfaltet haben. Vorwärts und aufwärts, muß es heißen. Aus dieser Erwägung heraus hat der Geschäftsführende Ausschuss jetzt auch eine Sitzung des großen Landesverbandes für Pfingstdienstag nach Dresden zu einer wichtigen Tagung einberufen. Unter dem Motto: Vorwärts und aufwärts!, wird und muß auch der am Sonntag, den 27. Mai in Zwickau stattfindende Wesfahrsentag der Zentrumspartei seinen. An dieser Tagung werden auch mehrere Mitglieder der Parteifreunde teilnehmen.

Die politische Lage im Lande ist auf äußerste gespannt. Da gilt es zu arbeiten, zu werden und zu rufen für die hohen Ideale der christlichen Volkspartei, des Zentrums. Deshalb richtet der Geschäftsführende Ausschuss der sächsischen Zentrumspartei an alle Parteifreunde und Parteifreundinnen den herzlichsten Aufruf: Am Sonntag, den 27. Mai auf zum Wesfahrsentag der Zentrumspartei nach Zwickau! Vorwärts im Kampfe für Wahrheit, Recht und Freiheit!

Der Landesvorsitzende: Paul Dehlein.

Der Saatenstand in Sachsen

Dresden, 21. Mai. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes läßt sich der Saatenstand in Sachsen zu Anfang dieses Monats als etwas über mittlere bezeichnen. Die letzte Witterung und die häufigen Nordwinde mit stärkeren Nachfröhen haben die Entkeimung in der Natur sehr zurückgehalten, und die wärmeren Tage in der letzten Hälfte des Aprils haben das Verkeimung nicht ausgleichen können. Der Stand der Winterfrüchte ist nach Lage und Bodenbeschaffenheit verschieden; in den feuchten und undurchlässigen Böden sind die Frostschäden größer als dort, wo die Winterfeuchtigkeit leichter aufgenommen worden ist. Die Frühjahrsbestellung der Grünfrüchte ist in der Hauptsache beendet. Der Ausgang der jungen Saaten liegt aber bei der kalten Witterung sehr zu wünschen übrig, besonders in den höheren Lagen. Den Winterfrüchten fehlt es sehr an Futter; die Winterfrüchte gehen infolgedessen immer mehr zurück, und es wäre zu wünschen, daß recht bald mit der Grünfütterung begonnen werden könnte.

Limburg a. d. Lahn besetzt

Besetzung der Anilin- und Sodafabriken in Lubwigshafen und der Ödhöfer Harzwerte. — Das Einrücken schwarzer Truppen.

Limburg a. d. Lahn, 15. Mai. (Drahtbericht.) Heute früh zwischen 3—4 Uhr haben die Franzosen die Stadt und den Bahnhof Limburg a. d. Lahn besetzt. Es sollen 2—3 Kompanien in die Stadt eingerückt sein. Die Besatzungsmaßnahmen sind sehr streng. Gegenwärtig finden große Hausdurchsuchungen statt.

Mannheim, 15. Mai. (Drahtbericht.) Die Franzosen haben heute früh die Anilin- und Sodafabriken in Lubwigshafen besetzt. Die in der Fabrik anwesenden Arbeiter mußten die Räume verlassen und es wurde kein Arbeiter und Angestellter in die Fabrik gelassen. Der große Betrieb ist damit völlig stillgelegt. Ein Regiment schwarzer Truppen ist in die Fabrik eingezogen und besetzt alle Eingänge.

Ödhöf a. Main, 15. Mai. (Drahtbericht.) Auch die Ödhöfer Harzwerte sind von den Franzosen besetzt worden. Die Fabrik ist vom Verkehr mit der Stadt völlig abgetrennt. Den Arbeitern ist das Betreten der Fabrikanlagen verboten. Nur die lebenswichtigen Teile des Betriebes dürfen arbeiten. Ueber die Stadt Ödhöf herrscht der Belagerungszustand verhängt worden. Die Grenzlinie zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet ist bis 8 Uhr vormittags gesperrt und erst nach 8 Uhr für den Verkehr freigegeben. Es dürfen nur Personen die Grenze passieren, die bereits im Besitze des seit dem 10. Mai gültigen neuen Ausweises sind. Der Telephonverkehr zwischen Ödhöf und Frankfurt ist völlig unterbunden.

Das Steuerrecht der Religionsgesellschaften

Die sächsische Regierung wird, wie wir erfahren, in Kürze dem Landtag eine Vorlage über das Steuerrecht der Religionsgesellschaften einbringen, wonach dann die Religionsgesellschaften das Recht haben, Steuern in unbeschränkter Höhe von ihren Mitgliedern zu erheben.

Der Nachfolger des Bürgermeisters Dr. Kreyßmar

Die Parteien im Dresdner Rathaus einschließlich der Sozialdemokraten waren sich schon darüber einig geworden, als Nachfolger des am 1. Juli aus dem Amt scheidenden Bürgermeisters Dr. Kreyßmar einen Finanzfachmann zu wählen. Es scheint unumkehrbar notwendig, als ja Dr. Kreyßmar Leiter des städtischen Finanzamtes ist, was auch sein Nachfolger werden muß, da die Finanzen in Stadt und Gemeinden das schwierigste Kapitel geworden sind. Man hatte sich, wie wir hören, auf die Person des Bankdirektors Dr. Krüger bereits geeinigt, der auch die erforderlichen Finanzfachmännlichen Fähigkeiten zu haben scheint. In letzter Stunde aber haben die Demokraten die ganzen Vereinbarungen umgestoßen und die Sozialdemokraten dafür gewonnen, den Rittauer Oberbürgermeister Dr. Ritz als den Nachfolger Dr. Kreyßmars zu wählen, obwohl dieser kein Finanzfachmann ist und außerdem durch sein Reichstagsmandat sehr viel von der Stelle seines Wirkens abwesend sein muß. Aller Wahrscheinlichkeit nach, da die Demokraten und die Sozialdemokraten eine knappe Mehrheit im Dresdner Stadtparlament haben, wird Dr. Ritz gewählt werden, wenn nicht in letzter Stunde noch vernünftige Erwägungen die Oberhand gewinnen.

Aus aller Welt

↑ **Leuerung auf der ganzen Welt.** Auf der ganzen Welt zeigen die Preise des Lebensbedarfes eine steigende Tendenz. In Newyork ist zum Beispiel der Preis des Aufwandes von März 1922 bis zum März 1923 von 7,5 Dollar pro 100 Kilogramm auf 15,5 Dollar gestiegen, in Paris innerhalb des gleichen Zeitraumes von 100 Franken auf 300 Franken. In Marseille liegt der Preis von Saigon-Reis in der gleichen Zeit von 72 auf 108 Franken pro 100 Kilogramm, in Havre der Kaffee von 800 auf 500 Franken für 100 Kilogramm. In Bahia erhöhte sich der Preis des Kakaos von 128 Franken im Juli 1922 auf 170 Franken im März 1923. Die Preissteigerung beschränkt sich nicht bloß auf Lebensmittel, sondern auch auf alle Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere die Kleidung. Das Kilogramm Baumwolle das im April 1922 in Newyork weniger als 34 Centis notiert hatte, steht im März 1923 auf mehr als 60 Centis, in Havre kosteten 100 Kilogramm im Mai 1922 480 Franken, jetzt 1200 Franken, Wolle stieg in der gleichen Zeit von 580 auf 1000 Franken pro 100 Kilogramm, Edelmetalle von 165 auf 325 Franken pro Kilogramm, Leder von 440 auf 740 Franken pro 100 Kilogramm. Die Steigerung des Preises der Rohstoffe hat sich im Fertigprodukt noch nicht so scharf sichtbar gemacht, ist aber unabweislich, und die einzige Ursache ist die Steigerung der Produktion.

↑ **Elektrische Bahn Magdeburg—Halle.** Die sofortige Anonoffnahme der Elektrifizierung der Bahnstrecke Magdeburg—Halle—Halle hat das Reichsverkehrsministerium angeordnet. Die 88 Kilometer lange Strecke schließt sich an den schon elektrifizierten Teil Leipzig—Halle an. Die Strecke erhält den Strom von dem Hochstromnetz in Muldenstein, das die bereits elektrische Parallelstrecke Magdeburg—Zella—Leipzig ebenfalls speist. Für den Bau sind 2 1/2 Jahre vorgesehen. Nach der Vollendung werden rund 250 Kilometer in Mitteldeutschland elektrifiziert sein. Für den Bau ist eine besondere Landesleitung in Köthen geschaffen worden, die am 1. Mai die Arbeit aufgenommen hat. Die Baukosten werden hoch in die Milliarden gehen.

Dresdner Devisenkurse

	15. 5.		14. 5.	
	Reich	Preis	Reich	Preis
Wien	16800	17050	18300	18500
Paris	2490	2410	2740	2765
Berlin	7020	7100	7775	7840
Dresden	8040	8130	8890	8990
Stettin	11400	11550	12700	12950
Rom	2100	2130	2300	2330
London	198000	201000	217000	219000
Brüssel	43100	44000	47000	47300
Genève	2875	2910	3030	3140
Madrid	7780	7800	8420	1500
Wien	—	—	7100	7200
Frankfurt	1375	1395	1390	1410
Basel	—	—	—	—
Dresdner Devisenkurs	8	8,10	8,60	8,50

Berliner Devisenkurse vom 15. Mai (Mittlich)

Holland	16 458	London	195260
Newyork	42194	Schweiz	7640
Prag 1266			

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Ueber Polen hat sich unerwartet eine starke Depression aus gebildet, die verbreitete sehr erhebliche Niederschläge bedingt (Dresden 25 mm). Dieser Druck mit 2 Zentimen über Skottland und Mitteldeutschland reicht noch immer in weiter Entfernung von Irland bis zum europäischen Nordmeer. Eine durchgehende Depression der Bitterma steht somit nicht in Aussicht. Immerhin ist für morgen mit allmählichem Aufwachen der Niederschläge und vorübergehendem Ausflären zu rechnen.



Trinke Quieta!
Das Geheimnis berühmter Kaffeeküchen.

Aus dem jungen Zentrum

An die sächsischen Windthorstbünde!

Entsprechend der Auffassung der letzten D. V. S. und einer Vertreterversammlung anlässlich des ordentlichen Parteitagess werden die sächsl. W.-B. auf der sächsischen Parteitagess (die an die Stelle der sächsl. Reichstagess tritt), durch den Unterzeichneter vertreten werden. Die Hauptaufgabe wird darin bestehen, die Ergebnisse dieser Tagung in Vorträgen und Aufsätzen für die W.-B. zu verwerthen und die Zentrumswahlerschaft und alle, die mit und Jugendarbeiter sind, über unsere Ideen zu unterrichten. Der W.-B. Schützengilde hat in vorbildlicher Weise seinen verdienten Vorsitzenden Gg. Jung zum örtlichen Sonderdelegierten gewählt und die nicht unerheblichen Reisekosten auf sich genommen. Die Reisekosten des Landesvertreters können aus den ordentlichen Einnahmen der Landeskasse gedeckt werden. Ich bitte die sächsl. W.-B., die mit ihren Beiträgen für das 1. Halbjahr noch zurückstehen, diese umgehend auf Konto (Postfach) Dresden Nr. 13245 einzuzahlen (30 Mark pro Mitglied). Gleichzeitig bitte ich um eine Vorschuhzahlung von circa 2000 bis 3000 Mark pro Bund auf 2. Halbjahr, damit außer den angeführten Reisekosten bereits vorbereitende Arbeiten zur Bundestagung gedeckt werden können. Ich bitte um dringliche Behandlung dieser Zahlungen. Ich gedenke der W.-B. im August einen 2. Halbjahrsbeitrag von 100 Mark pro Mitglied vorzuschlagen. Die Vorschuhzahlungen werden dabei mit verrechnet werden. Die Bundestagung wird, wie ich erwarte, aus sich heraus finanziert werden können. Sie findet vom 16. bis 19. August in Schützengilde statt. Die Redner Gg. Jung, Dr. W. S. und Dr. Buchheim haben bestimmt zugesagt. Wünsche zur Hilfestellung der Bundestagung bitte ich umgehend an mich oder Bundesobmann Gg. Jung-Schützengilde, Solander Str. 100, e zu richten. Im übrigen bitte ich alle W.-B. um Einreichung eines Tätigkeitsberichts für die Juni- und Juli-Veranstaltungen für Juni bis 10. Juni. Mit Bundesrat Rudolf Harig, Landesvorsitzender, Pirna, Hohe Str. 6.

Wittmoer Bund Dresden.

Außer dem Bericht über die am 13. Januar stattgehabte ordentliche Jahresversammlung haben wir in diesem Jahre in der Zeitung keine weiteren Nachrichten über unsere Tätigkeit veröffentlicht. Es sei daher an dieser Stelle in Kürze einiges mitgeteilt über den Verlauf der Veranstaltungen unseres Bundes seit der Jahreswende. Am 2. Februar hatten wir zu einem Unterhaltungsabend eingeladen, an dem der Vorsitzende nach Berichtserstattung über den Offizientag, den Mitgliedern das Arbeitsprogramm für das neue Jahr vorlegte. Danach wurde geplant, einen Vortragsabend über „Allgemeines Politisches Wissen“ abzuhalten. Als Vortragsmann für seine Durchführung wählte man den von Dr. Hermann Eicher herausgegebenen „Vortragsabend zur Einführung in Staatskunde und Politik“. Der Vortragsabend war sehr besucht.

Der Gesamtvorstand jeweils aus dem Mitgliederkreise eine ihm geeignet erscheinende Person bestimmt, welche sich dann verpflichtet, innerhalb der bis zum nächsten Versammlungsabend freiliegenden zwei Wochen drei bestimmte Kapitel des erwähnten Leitfadens auszuarbeiten, wenn möglich unter Zuhilfenahme weiterer passender Literatur. Wir haben gute Erfolge damit erzielt. Gedächtnis Jung und Reich, sowie die Mitglieder Friedrich und Weibe, ferner Herr Ernst Weigt als Gast, sorgten an den Abenden für gute Unterhaltung in Musik und Deklamation. — Am 16. Februar begann der erste Kursus und es ist seitdem viel Arbeit geleistet worden. Die Ortsgruppe Dresden der Sächsl. Zentrumspartei hatte für den 20. April ihre Generalversammlung anberaumt, an welcher unser Bund zahlreich teilnahm und vom Vorsitzenden der Zentrumswahlerschaft den Jahresbericht erstatten ließ. Am Mittwoch, den 2. d. M., waren einige Dresdner Mitglieder beim Bundesrat in Dresden anlässlich einer Verlesung in Köttwitz zu Gast, in der unser Vorstandsmitglied, Hr. Margarete Jung, einen Vortrag über: „Die Pflichten der Wähler beim Wählerausgang“ hielt. Leider fehlten bei den Unterzeichnenden Dresden-Süd und West ganz. Nord und Mitte sind in kaum nennenswerter Anzahl vertreten. Nur Dresden-Ost ist fast vertreten. Unser Ziel aber ist: Die gesamte christliche Jugend unserer Stadt zu erziehen, um ihre reiches Wissen zu vermitteln.

W.-B. Baugen.

Der Wittmoer Bund hielt im ersten Vierteljahr drei Versammlungen ab. Am 1. Februar behandelte der Seminarist Georg Sackel das Thema „Der Erbsinn“. In dem zweiten Vortragsabend „Poesie und Politik“ war Lehrer Jirbas gewonnener. Ebenfalls Prof. Reichlich gedachte des Herrn Seminarpräsidenten Marx, der am 15. Januar seinen 60. Geburtstag feierte und brachte dem Zentrumsvorsitzenden die besten Wünsche dar. In der zweiten Versammlung am 2. März sprachen Seminarist Gerlich über „Die politischen Parteien“ und der 1. Vorsitzende Seminarist Weis über „Bürgerfreiheit“. Die dritte Versammlung brachte am 18. April das Referat „Die Vorgänge an Rhein und Ruhr“, gehalten vom 1. Schriftführer Seminarist Dose. Mit dem freigeordneten zweiten Vortragsabend wurde in einer Erntedankfestfeier Hr. Wenzel gewährt.

W.-B. Schützengilde.

In der fünften Sitzung am 20. April sprach der Vorsitzende Georg Jung über: „Die deutsche Jugendbewegung und die Partei“. Unser Vorkenntnis zu den Zentrumswahlverfahren schließt nicht aus, doch wir erst nach dem völligen Verständnis aller von uns geforderten Notwendigkeiten und durchdenken wollen. Lehrer W.-B. beachtet ist ein Ringen um eine neue Kultur. Der Vorsitzende G. Jung wurde noch Hilfestellung delegiert; alle Mitglieder verpflichteten sich zu einer Reisekosten von je 200 Mark.

Herr Wedel nach dem Grundsatze der Freiheit und Brüderlichkeit seit mit zweierlei Maß.
Herr Wedel prüft es schon, vor konfessionellen Schulräten, vor konfessionellen Schulbehörden, vor religiös beeinflusster Wissenschaft, vor konfessionellen Lehrern (die bei ihm ja ohne weiteres reaktionär sind). Und dann beschneidet er die Lehrer, ja die Kinder vom Religionsunterricht abzumelden, weil sonst die Position der Kirche gefährdet würde. Eine schlimme Geschichte, eine unheilbare Krankheit, die kein Arzt heilen kann.
Es ist noch nicht lange her, daß man den Grundsatze der Freiheit so laut in die Hände klammerte. Freiheit ja, nur nicht den Anhängern der Religion. Die Freiheit des einzelnen, der Familie, der Kirche liegt erschlagen auf dem Wege von Jericho nach Jerusalem. Das zeigt sich so recht in der Vergewaltigung der Elternrechte, um die es sich letzten Endes handelt. Die Familie fiel unter die Mäuler, das Kind ist Staatsbesitz, Eltern sollen machlos und rechtslos sein, sofern sie auf der religiösen Erziehung ihrer Kinder bestehen. Das Parlament lehrt Dogmatik, Moral, Kirchensinn, der Staat soll dann Mauthen und Gewissen mit höheren Machtmitteln unterdrücken. So denken sich manche Leute die moderne Schule und propagieren sie in Reden und Zeitungen, in Plakaten und Volksheften. Aber nicht blinde Fanatiker bestimmen den Geist der Schule, sondern die Eltern. Christliche, katholische Eltern befreit die Freiheit, die noch erschlagen liegt, bis der alte deutsche Rechtsgrundsatze wieder gilt: Jedem das Seine!

Studien ohne Reifeprüfung in Preußen

Nach einem Erlaß des preussischen Unterrichtsministeriums können Hochschüler, die namentlich in ihrem Reifezeugnis keine vortrefflichen Leistungen haben, aber durch persönliche Verhältnisse nicht auf einen der gewöhnlichen Ausbildungsweg zur Hochschule gelangt sind, auch ohne Reifezeugnis zum Universitätsstudium zugelassen werden.
An jeder Universität wird ein besonderer Ausschuss gebildet, der die Bewerbungen zu prüfen hat. Der Ausschuss bildet sein Urteil nach dem Ergebnis einer von dem Bewerber unter Aufsicht ansehnlicher schriftlicher Ausarbeitung über eine wenn möglich seinen Vorstudien oder seinem Beruf nahestehende Aufgabe und eines mit ihm zu verhandelnden Kollegiums. Auf Wunsch sollen dem Bewerber weitere Aufgaben zur Wahl gestellt werden. Die Zulassung gilt nur für ein bestimmtes Studium, ermächtigt mit dieser Aufgabe aber zum Studium an allen preussischen Universitäten und verleiht dem zugelassenen Bewerber die vollen Rechte der übrigen Studirenden.

Die neue Devisenverordnung

Die bereits angeführte Devisenverordnung vom 8. Mai erlassen worden. Sie regelt im wesentlichen folgende Punkte: Zunächst wird im Paragraph 1 der für Deutschland neue Begriff der Devisenbanken und der Zahlungsmittel festgelegt. Der Erwerb von Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung wird von der Zustimmung des jeweils zuständigen Finanzamtes abhängig gemacht, ausgenommen die Fälle, wo der Auftrag durch eine Treuhandbank erfüllt ist. Die Treuhandbanken wiederum sind verpflichtet, den Erwerb von Auszahlungen, Anweisungen, Wechseln und Schecks in ausländischer Währung nach vorheriger Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums der Prüfungsstelle zu melden. Neu ist vor allem die Bestimmung, daß Devisenkäufe im Ausland oder im Ausland nur von einer Devisenbank oder durch Vermittlung einer solchen erworben werden dürfen und nur nach eingehender Veranlassung über die Person des Auftraggebers.
Die eigentliche Kontrolle der Verwendung der Devisen obliegt der Prüfungsstelle. Die Prüfung wird sich in erster Linie auf die Einkaufspreise erstrecken, womit man die Devisenkäufe zu bloßen Spekulationszwecken oder zu bloßer Vermögensanlage (Kapitalflucht) unterbinden will. Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage der Devisenbeibehaltung. Wechseln, Banknoten, Papiergeld und dergleichen in ausländischer Währung zur Sicherung eines Kredites in Reichsmark oder Wertpapieren dürfen überhaupt nicht mehr verwandelt werden. Bei Auszahlungen, Anweisungen, Schecks, Wechseln und anderen Forderungen in ausländischer Währung ist die Veräußerung zur Erlangung eines Reichsmarkkredits auf Devisenbanken beschränkt, denen wiederum die Anweisung derartiger Geschäfte bei der Prüfungsstelle obliegt.

Die Rechte der Reichsbank werden in einem besonderen Abschnitt festgelegt (Paragraph 9, 10). Insbesondere erstrecken sie sich auf die Enteignungsbefugnisse, die der Reichsbank allein vorbehalten bleibt. Die Reichsbank wird ermächtigt — zu beachten ist, daß die Reichsbank seit kurzem ein völlig autonomes Institut darstellt —, jedwede Ausfuhr über den Reich von Devisen, sowie die Vorgabe der Unterlagen zu verlangen. Etwaige illegitime Bestände darf die Reichsbank gegen Reichsmark zum Tageskurs verlangen. Daß diese Rechte der Reichsbank nur als Ausnahmemaßnahmen anzusehen sind, die auf die Zeit der Geltungsdauer des Reichsgesetzes vom 24. Februar d. J. beschränkt ist, ergibt sich aus der Natur der Sache. — Die Reichsstrafen — bis zu 3 Jahren Gefängnis — sind die gleichen geblieben wie bisher, nur die Geldstrafen wurden der Selbstbestimmung angepaßt.

Eine allgemeine Anmeldepflicht für ausländische Zahlungsmittel hat die Verordnung nicht gebracht, vor allem Dingen mit Rücksicht auf die besetzten Gebiete, wo eine solche Maßnahme überhaupt nicht durchführbar gewesen wäre ohne erhebliche Gefährdung der dortigen Wirtschaft. Teilweise hat man die Erwartungen nicht erfüllt und sei nicht gerügt, das vaterlandverräterische Treiben der Spekulation aus der Welt zu schaffen. Es mag in etwas zutreffen, andererseits darf man aber ebensowenig verkennen, daß durch bloße formale Bestimmungen die wirtschaftliche Gesundung nicht erreicht werden kann. Die Verordnung bedeutet auf jeden Fall einen Schritt nach vorwärts, um dem räufischsten Treiben am Devisenmarkt das Handwerk zu legen. Es hat lange gedauert, ehe es zu diesem Durchgreifen der Regierung kam. Es damit genug getan ist, bleibt abzuwarten.

Sachsens Bautätigkeit im März

Im März wurden in Sachsen nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes 79 Baugenehmigungen für Neubauten mit Wohnungen erteilt, und zwar in den Kreisbauamtsmännern Bauten 18, Chemnitz 13, Dresden 26, Leipzig 8 und Jena 14. Diese 79 Neubauten, von denen 21 auf neuen Bauplätzen errichtet werden, sollen insgesamt 159 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 138 Baugenehmigungen für Um-, An- oder Ausbauten mit insgesamt 221 Wohnungen erteilt, von denen 17 in Rot und Weißbauten mit 20 Wohnungen sein werden.

Ausgeführt und baupolizeilich abgenommen wurden 119 Neubauten mit 279 Wohnungen. Hierunter befinden sich 86 Wohnhäuser mit nur einer Wohnung, also, Einfamilienhäuser, 50 mit nur einem, 50 mit zwei Wohnungseinheiten sowie 71 Neubauten gemeinschaftlicher Art. Zur Zeit herrscht demnach der Flächenbau vor. Rund zwei Drittel aller neuen Häuser werden ferner durch Gemeinden und Bauvereinigungen hergestellt. Von den 279 Wohnungen enthalten 58 drei, 129 vier und 65 fünf Wohnräume. Durch Umbauten wurden 93 Wohnungen gewonnen, darunter 1 durch einen Rot- und Weißbau.

An Gebäudeabgängen waren im März 10 Wohnhäuser mit 21 Wohnungen zu verzeichnen, so daß der Vertriebsmonat insgesamt einen Zuwachs von 227 Wohnungen erbrachte, davon entfielen auf die Großstädte: Chemnitz 7, Dresden 14, Leipzig 26 und Jena 2 Wohnungen. Das starke Anwachsen der Baukosten in den vergangenen Monaten wirkte drückend auf die Bautätigkeit; so wurden im 1. Vierteljahr 1923 insgesamt um nur 114 Baugenehmigungen nachgeschickt, denen im gleichen Zeitraum des Vorjahres 430 gegenüberstehen.

Internationaler Frauentag in Rom

Von G. H. Feusch, W. d. M.

Vom 12. bis 16. Mai findet in Rom ein internationaler Frauentag statt, der aus allen Teilen der Welt besucht werden soll und unter dem Vorsitz von Mussolini tagt. Programm, die u. a. dort behandelt werden sollen, sind: Die Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau, Mutterschaftsunterstützung und weibliche Kinder, Gleichheit und Moral, Mädchenhandel, Stellungnahme der Frau zu den politischen Parteien, gleicher Lohn und gleiche Recht auf Arbeit für Mann und Frau.

Träger und Einberufer dieser Konferenz ist der Internationale Frauentag und unter den bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Demokraten — großes Versehen erzeugt, daß zur Besichtigung des jetzt in Rom tagenden Kongresses als Vertretung „der deutschen Frauen“ u. a. Frau Dr. Gertrud Bäumer, Frau Dr. Marie-Elisabeth Läder, Frau Dr. Marie Schreier-Rieger, W. d. M., genannt worden sind. Wir haben festgestellt, daß Frau Ministerialrat Bäumer als Vamantin im Reichsministerium des Innern die deutsche Regierung in Rom vertreten soll, weil, — wie es scheint wegen der geschäftlichen Auswirkungen der zur Beratung stehenden Fragen — auch die Regierungen einzelner Länder zum Besuch der Tagung aufgefordert worden sind. Alle übrigen deutschen Frauen, im ganzen 12 bis 15, die in Rom anwesend sein werden, gehen nur als Vertretung deutscher dem Internationalen Frauentag zustimmend anwesender oder ihm befreundeter Organisationen. Die größte derartige deutsche Organisation ist bekanntlich der Bund deutscher Frauenvereine, dem Frau Dr. Läder, Frau Dr. Gertrud Bäumer und andere an führender Stelle angehören.

Die weiblichen Mitglieder des Reichstages, soweit sie durch ihre Partei und die konfessionelle Frauenbewegung grundsätzlich die Forderungen der christlichen Weltanschauung vertreten (Zentrumsfrauen, Deutsche Volkspartei, Deutsche Nationalistische Volkspartei und Katholische Volkspartei) haben sich entschieden dagegen verhalten, durch die in Rom anwesenden deutschen Frauen vertreten zu werden. Eine Entsendung aus den Kreisen der christlichen Frauenwelt ist nicht in Frage gekommen, weil, wie schon oben gesagt, die gesamte christliche Frauenbewegung weder in einem angehörenden noch in einem befreundeten Verhältnis zu dem Internationalen Verband stehen.

So sehr wir eine Einigung der Frauen vom allgemein politischen Standpunkt aus begrüßen und hoffen wollen, daß die Beratungen in Rom zur Annäherung der Nationen und zum endlichen Völkerverständnis beitragen, ebenso sehr müssen wir es ablehnen, die deutsche Delegation in Rom als die Vertretung „der deutschen Frauen“ anzuerkennen. Daher müssen wir es uns vorbehalten, die Beratung der zu behandelnden Fragen abzuwarten, ehe wir ein abschließendes Urteil über diese Konferenz äußern.

Wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir behaupten, daß die Hoff der Frauen größer ist, die in Deutschland konfessionell und parteipolitisch im Lager der christlichen Frauenbewegung und der oben genannten bürgerlichen Parteien stehen und zurzeit nicht in Rom vertreten werden.

Die Not der deutschen Kunst

Von G. H. Feusch, W. d. M.

Die Notlage der geistigen Arbeiter steigert sich von Tag zu Tag. Besonders schwer sind die schaffenden deutschen Künstler betroffen. Eine Tragödie rollt sich nach der anderen ab. Hunger und Elend ist lähmend und verdrängt in diese Kreise eingezogen. Solche furchtbare soziale Lage kann diesen Lage im Reichstag, das Reichstag zur Gewerbe, die Regierung

empfehl eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst zu schaffen. Nehmt man ja auch eine Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gebildet, welche sich besonderer Aufmerksamkeit bei allen Parteien des Reichstages erfreut und an deren Ausbau das Zentrum einen hervorragenden Anteil genommen hat. Die Regierung sollte für die Notgemeinschaft der deutschen Kunst zunächst einen Betrag von 20 Millionen Mark einsetzt. Inzwischen greift aber die Geldnot rasch um sich. Der Zentrumsdirektor, Universitätsprofessor Dr. Schneider beantragte darum im Hauptauschuß, für die Not der deutschen Kunst eine Milliarde zur Verfügung zu stellen. In Einzelheiten nahmen dabei die Abg. von Grawert (Hr.) und Schulz, Promberg (Dn.), das Wort. Zustimmung äußerte sich auch Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern. Vemerkenswert war dabei das unterföhrliche Eingreifen des Reichspräsidenten Loh, welcher besonders darauf hinwies, daß die reichsdeutschen Gebäude arm seien an künstlerischen Werten und Werken. Der Antrag Dr. Schneider wurde mit großer Mehrheit angenommen. In Kreisen der deutschen Kunst dürfte dieser Antrag mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Nur zu oft hat man in unserer trübten Notzeit der deutschen Kunst des Wohlwollens verfehlet. Mehr als solche Versicherungen wirkt die helfende Tat: denn Kunst braucht Kunst. Auch ein wirtschaftlich armes niedergelatenes Volk muß in sich die moralische Pflicht fühlen — sollte es nicht an seiner Zukunft verzweifeln — die erdbenen, läuternden Kräfte seiner Kunst nach Möglichkeit zu stärken und künstlerisches Schaffen zu fördern. „Christ Eure deutschen Meister“.

Die Reaktion wird kühner

Von Fritz Günther.

Unter obigem Titel sagt Abg. Wedel in Nr. 98 der „Volksgesung“ Bittau seine Gedanken zusammen über die Ergebnisse der Beratungen im 30. Ausschuß des Reichstages. Das paßt natürlich Herrn Wedel nicht, was da nach harter, mühsamer Arbeit zustandegebracht wurde. An allem hat er etwas auszusetzen. Wie mag nur das Reichsgesetz aussehen, das Herr Wedel servieren würde O. armes Deutschland! § 2 des Ausschußantrages handelt von der Gemeinsschulstufschule. Danach sollen die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkskultur unterrichtet und erziehbildend lebendig gemacht werden. Herr Wedel nimmt daran Anstoß, daß die Religionsgesellschaften das bestimmen. Ist das ein Grund zum Aufregen? Sollen etwa Leute die Norm bestimmen, die dem Christentum fernstehen, die vielleicht gar nur Schimpf- und Schmachreden übrig haben für alles, was mit dem Christentum zusammenhängt. Oder will Herr Wedel etwa irgendeinen Landtag zum Theologieprüfungskommissar bestellen? Herr Wedel will auch nicht einsehen, daß sich dieser Antrag des 30. Ausschusses recht gut mit Art. 148, Abs. 1 in Einklang bringen läßt. Ganz und gar aber steht es ihm nicht an, daß bei Befolgung von Vorkerstellungen auf das religiöse Bekenntnis der die Schule besuchenden Kinder Rücksicht zu nehmen ist. Herr Wedel ist auf falscher Spur, wenn er darin einen Widerspruch mit Art. 138 sieht, denn der Antrag stimmt die Lehrer nicht an solche „christliche“ Gemeinsschulstufschulen. Wäre man bodhaft, so könnte man in den Vorlesungen des Herrn Wedel fast Angst bekommen, daß für die weltlichen Schulen nicht genug Lehrkräfte vorhanden wären. Wir laugen das Wort Prof. Kobbrechts auf dem sozialistischen Kulturtag 1921 in Dresden auf, „die Auswahl der Lehrer ist die Lebens- und Sterbensfrage der weltlichen Schule“ und sagen statt „weltlicher“ Gemeinsschulstufschule.

§ 4a spricht von dem Religionsunterricht. Es heißt darin, daß Religionsunterricht nach den Grundsätzen der betr. Religionsgemeinschaft erteilt werden soll unbeschadet des Aufschlagsrechtes des Staates. Es ist doch klar, daß Inhalt und Methodik des Religionsunterrichtes die kirchliche Oberbehörde bestimmen muß. Wie soll das der religiös neutrale (oder feindliche) Staat können? Ein Staatskirchenrat gibt es nicht, wohl aber überwachend der Staat höhere Schulordnung, Schulzucht, Schulbesuch und die Verachtung allgemein pädagogischer und methodischer Grundsätze. Damit hängt zusammen, daß die anzustellenden Schulaufsichtsbeamten ausgewählt werden müssen nach der Art der ihnen unterstellten Schulen, genau wie bei den Lehrern. Oder heißt Herr Wedel, wenn er Minister wäre, etwa konfessionell gerichtete Lehrer und Schulleiter für weltliche Schulen an? Selbstredend kann an einer Bekenntnislose keine Lehrer wirken, der nicht im Geiste des Bekenntnisses unterrichtet und erzieht. Deshalb steht § 8 des Antrages Verletzung solcher Lehrpersonen in eine gleichartige Stelle einer anderen Schulart vor. Professor Kobbrechts sprach in Dresden ja „der Geist der weltlichen Schule ist nichts anderes als der Geist der Lehrerschaft“, umgekehrt gilt das doch auch für die Bekenntnislose. Aber hier nicht

Zwischen Himmel und Erde

Von Otto Ludwig.

(34. Fortsetzung.)

Er sagt sich, das war nur im Traum; was man im Traume tat, hat man nicht getan. Aber wachend halten die wilden Gefühle des Traumes nach. Die bösen Gedanken machten ihn unfähig, den Bruder zu retten. Der Sturz des Bruders macht dessen Weib frei. Er wußte das, als er den Bruder stürzen ließ. Deshalb ja hatte er ihn im Traume gestürzt. Nun war es ja, wie in dem schlimmen Traum, der Bruder war tot, und er hatte sein Weib. Nimmt er des Bruders Weib, die frei wurde durch den Sturz, so hat er ihn hinabgestürzt. Hat er den Lohn der Tat, so hat er auch die Tat. Nimmt er sie, wird das Gefühl ihn nicht lassen; er wird unglücklich sein, und sie mit unglücklich machen. Um ihre- und feinetwillen muß er sie lassen. Und will er das, dann erkennt er, wie hollös die Schlüsse sind vor den klaren Augen des Geistes, und wie er wiederum das Glück ergreifen, so schwebt das dunkle Schuldgefühl von neuem wie ein eifriger Reis über seine Blume, und der Geist vermag nicht gegen seine vernichtende Gewalt. Darneben mahnten immer lauter die Glockenschläge von Sankt Georg. Immer fieberischer wurde die Kunde, daß der Fehler noch nicht gebessert war. Keuchere Anfälle schürften noch den Frang. Es hatte anhaltend geregnet, die Lüge schluckte die Verhöhnung vor das Wasser gierig ein; das Holz mußte verkaufen. Trat die Winternächte stärker ein, so trat die Hitze im Holz. So war sich die Verhöhnung und verkehrte die Schiefer. Die Stadt, die seiner Wildschere vertraute, litt Schaden durch ihn. Jede Nacht weckte ihn der Stundenschlag zwei. In der Wut des Fiebers vermischten sich die Schelten. Die Vorwürfe des inneren und äußeren Sauerleidsbüchsenfloßes floßen ineinander. Immer unüberwindlicher forderte die offene Wunde das Gericht; das glühende Grab den, der es schloß. Und er war es, der der Stundenschlag zum Gericht rief; er, der das Grab schließen mußte, es das gebämmerte Unheil auf ein unschuldig Haupt fiel. Er selbst hatte er das kommende Unheil fertig gebüchert. Er mußte hinaus den Fehler zu bessern. Und wenn er abtun war, dann schlug es frei, dann packte ihn der Schwindel und riß ihn hinab, dem Bruder nach.

Der alte wackere Bauherr drang in den Leidenen; er hatte sich das Recht erworben, sein Vertrauen zu fordern. Apollonius schloß sich; er schlug ihm sein Vertrauen nicht ab, aber er schloß die Erfüllung von Tag zu Tag weiter hinaus. Von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde sah die schöne junge Frau in bleicher werden und blieb ihm nach. Nur der alte Herr in seiner Blindheit sah die Wolke nicht, die mit dem Schlimmsten droht. Es war wieder schnell geworden und wurde noch immer schneller, das Leben in dem Hause mit den grünen Wänden. Kein Mensch sieht es dem stolzen Hause an, wie schwül es einmal darin war.

20.

Es war in der Nacht vor dem angesehenen Verlobungstag. Plötzlich war Schnee, und dann große Hälle eingetreten. Einige Rächte schon hatte man das sogenannte Sankt Elmfeuer von den Turmspitzen nach den blühenden Sternen am Himmel zucken sehen. Trotz der trockenen Hälle empfanden die Bewohner der Gegend eine eigene Schwere in den Gliedern. Es regte sich keine

Luft. Die Menschen sahen sich an, als fragte einer den andern, wo auch er die seltsame Bedrückung fühle. Wunderliche Prophegeungen von Krieg, Krankheit und Teuermengen gingen von Mund zu Mund. Die Herständigeren lächelten darüber, konnten sich aber selbst bei Drang nicht erheben, ihre ungeliebte Beklemmung in entsprechende Bilder von etwas äußerlich drohend Bedrohendem zu kleiden. Den ganzen Tag hatten sich dunkle Wolken übereinander gebaut von entsetzlicher Zeichnung und Farbe, als sie der Winterhimmel sonst zu zeigen pflegt. Ihre Schwärze hatte unenträglich grell von dem Schnee abstrahlen müssen, der Berge und Tal bedeckte und wie ein Fuchschaut in den blätterlosen Zweigen hing, dämpfte nicht nur ihr Widerschein den weichen Glanz. Hier und da dehnte sich der feste Umriß der dunklen Wolkentage in schlappen Bufen herab. Diese trugen das Ansehen gewöhnlicher Schneewolken, und ihre trübste Bläulichgrau vermittelte die Weißschärze der höheren Schicht mit dem schmutzigen Weiß der Erde und keinen schwarzen Schein. Die ganze Masse stand regungslos über der Stadt. Die Schwärze wuchs. Schon zwei Stunden nach Mittag war es Nacht in den Straßen. Die Bewohner der Untergeschosse schloßen die Türen; in den Fenstern der höheren Stockwerke bligte Licht um Licht auf. Auf den Flügen der Stadt, wo ein größerer Stützpunkt zu übersehen war, standen Gruppen von Menschen zusammen und sahen bald nach allen Seiten aufwärts, bald sich in die langen, bedenklichen Weichte. Sie erzählten sich von den Wäben, die in großen Hällen in die Vorstädte herangekommen waren, zeigten auf das tiefe, unruhige, stöhnende Geblätzer der Dohlen am Sankt Georg und Sankt Nikolaus, sprachen von Erbitten, Vergiftungen, wohl auch vom jüngsten Tage. Die Mutigeren meinten, es sei nur ein stilles Gemitter. Aber auch das schien bedenklich genug. Der Fluß und der sogenannte Feuerbach, dessen Wasser auf unterirdischen Wegen augenblicklich jedem Teile der Stadt zugeleitet werden konnte, waren beide gefroren. Manche hofften, die Gefahr werde vorübergehen. Aber so oft sie hinaufsahen, die dunkle Masse rühte nicht von der Stelle. Zwei Stunden nach Mittag hatte sie schon so gehaust; gegen Winternacht stand sie noch unverändert so. Nur schwerer, schien es, was sie geworden und hatte sich tiefer herabgesetzt. Wie sollte sie auch rüden? da rüht ein leiser Aufbruch auf den Flügen war; und solche Worte zu zerstreuen und zerstreuen, hätte es einer Windstille bedurft.

Es schlug zwölf vom Sankt Georgenturm. Der letzte Schlag schien nicht verhallen zu können. Aber das tiefe, dröhnende Summen, das so lange anhält, war nicht mehr der beherrschende Glockenton. Denn nun begann es zu wachen; wie an tausend Flügen kam es geräusch und geschwallen und ließ gegen die Häuser, die es aufhalten wollten, und fuhr pfeifend und schreiend durch die Lefung, die es traf; polsterte im Hause umher, bis es eine andere Öffnung zum Wiederherausfahren fand; riß Wäben los und warf sie grimmig zu; quetschte sich während zwischen nahestehenden Wänden hindurch; pfliff wütend um die Straßenecken; zerließ in lauten Pöche; suchte sich und fuhr kläglich wieder zusammen in einen reißenden Strom; fuhr vor grimmiger Lust herab und hinauf; rüttelte an allen Fenstern; triefte mit wildvielen Finger die verrosteten Wetterhähnen und Röhren, und lachte schreiend in ihr Gesicht; blies den Schnee von einem Dach auf andere, setzte ihn von der Straße, jagte ihn an hohe Wäben hinauf, daß er vor Angst in alle Fensterlöcher froh, und wirtelte ganze langende Niefentannen aus Schnee gefornit vor sich her.

Da man ein Gewitter vorausah, war alles in den Kleibern geblieben. Die Reis- und Vegetations-Gewitternächte, somit die Spritzenmannschaften waren schon seit Stunden beisammen. Herr Rettenmair hatte den Sohn nach der Hauptwachstube im Rathaus geschickt, um da seine, des Ratsschreiberbediensteten Stelle zu vertreten. Die zwei Weibchen sahen bei den Turmwächtern, der eine zu Sankt Georg, der andere zu Sankt Nikolaus. Die übrigen Ratsherrleute unterhielten sich in der Wachtstube, so gut sie konnten. Der Ratsherr sah beständig auf den brütenden Apollonius. Der sahite des Freundes Auge auf sich gerichtet und erhob sich, seinen Zustand zu verbergen. In dem Augenblick brauste der Sturmwind von neuem in den Lüften daher. Auf dem Rathausurme schlug es ein. Der Glockenton wimmerte in den Häuten des Turmes, der ihn mit sich forttrieb in seine wilde Jagd. Apollonius trat an ein Fenster, wie um zu sehen, was es drauhen gebe. Da leckte eine riesige, schwefelglatte Junge herein, bäumte sich ätzend zweimal an Ofen, Wand und Menschen auf und verdrängte sich spurlos in sich selber. Der Sturm brauste fort; aber wie er aus dem letzten Glockenton von Sankt Georg geboren schien, so erhob sich jetzt aus seinem Brausen etwas, das an Gewalt sich so riesig über ihn emporreckte, wie sein Brausen über den Glockenturm. Eine unsichtbare Welt schien ihn in den Lüften zu zertrümmern. Der Sturm brauste und pfliff wie mit der Wut des Tigers, daß er nicht vernichten konnte, was er packte; das tiefe, majestätische Rollen, das ihn überdröhnte, war das Gebrüll des Löwen, der den Fuß auf dem Jende hat, der triumphierende Ausdruck der in der Tat geschüttigten Kraft.

„Das hat eingeschlagen,“ sagte einer. Apollonius dachte: wenn es in den Turm schlug von Sankt Georg, dort in die Höhe und ich müßte hinauf und es schlug mich und — Er konnte nicht ausdenken. Ein Hilfesgeschrei, ein Feuerruf erscholl durch Sturm und Donner. „Es hat in den Turm von Sankt Georg geschlagen. Fort nach Sankt Georg! Hol Hülfe Feuer! Hol Sankt Georg! Hol Feuer! auf dem Turm von Sankt Georg!“ Hörner bliesen, Trommeln arbeiteten herein. Und immer der Sturm und Donner auf Donner. Dann rief er: „Wo ist der Rettenmair? Kann einer helfen, dann ist der Rettenmair! Hol Feuer! auf Sankt Georg! Der Rettenmair! Wo ist der Rettenmair? Hol Feuer! auf dem Turm zu Sankt Georg!“

Der Bauherr sah Apollonius erbleichen, seine Gestalt noch tiefer in sich zusammenfallen, als vorher. „Wo ist der Rettenmair?“ rief er wieder drauhen. Da schlug eine dunkle Höhe über seine bleichen Wangen und seine schlanke Gestalt richtete sich hoch auf. Er kroch sich rasch ein, zog den Riemen seiner Mütze fest unter dem Kinn. „Weiß ich,“ sagte er zu dem Bauherrn, indem er sich zum Gehen wandte, „so denkt an meinen Vater, an meines Bruders Weib und seine Kinder.“ Der Bauherr war betroffen. Das „Weiß ich“ des jungen Mannes klang wie: „Ich werde bleiben“. Eine Ahnung kam dem Freunde, hier sei etwas, was mit dem Selenheil Apollonius' zusammenhänge. Aber der Ausdrack seines Gesichtes hatte nichts mehr von dem Leiden; er war weder ängstlich noch wild. Durch Sorge und Schwere hindurch fühlte der wackere Mann etwas wie freundliche Schinnung. Es war der alte Apollonius wieder, der vor ihm stand. Das war ganz die ruhige, bescheidene Entschlossenheit wieder, die ihn beim ersten Anblick dem jungen Mann gewonnen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wallfahrt nach Rosenthal

findet am Dienstag den 22. Mai 1923, 8 Uhr (Festtag) unter Führung des hochw. Herrn Kaplan Lehmann statt. Abfahrt mit Sonderwagen ab Dresden-Hauptbahnhof früh 12 Uhr, ab Dresden-Neustadt 12 Uhr. „Rück“ um 11 Uhr. Fahrt hin und zurück 1600 Mk. Rückfahrt abends 7 Uhr. Paubate und Wosenfranz mitbringen.

Alle Katholiken Dresdens und Umgebung, besonders die Marienlichen Kongregationen, seien hiermit freundlichst eingeladen.

Vernachlässigte Buchführungen

ordnet gewissenhaft
Bücherrevisor Bertram
Dresden-N., Jordanstraße 2. Fernspr. (14568)

Billige Gelegenheitskäufe! Rindleder - Aktentaschen!

Damentaschen! Brief-, Gold- und Besuchsaschen! Sehr preiswert! Vulkanhandkoffer, Lederreisetaschen! Offenbacher Lederwaren - Fabrik u. Einzelhändler: Dresden-A., Ferdinandsstraße 6

Brillanten Gold-, Silber-, Perlen Gegenstände

Posner & Strelzyn
Dresden, Grunaer Str. 44. Tel. 7112. Ein. Werkst.

Schirgiswalde

Sitzung des Stadgemeinderates

Donnerstag den 17. Mai abends Punkt 8 Uhr im Vereinzimmer des Rathauses „Zu den Tauben“.

Tagesordnung:

1. Erklärung zum Umbau der alten evangelischen Schule.
2. Mittelungen.
3. Bericht über den Abstand von Bauten an der Staatsstraße (zweite Sitzung).
4. Festsetzung der Feld- und Wiesenpachtgeber für 1923.
5. Beschlußfassung über Aufhebung oder Weiterbestehen des Wohnungsvorandes Schirgiswalde.
6. XII. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Wohnungsbauabgabe betr.
7. Einrichtung einer Preisprüfstelle.

Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Schirgiswalde, den 14. Mai 1923.

Fer Bürgermeister.

Einladung zu den Exerzitien am Wallfahrtsort Filippdorf

Im Jahre 1923 werden folgende Exerzitienkurse abgehalten:

- Für Priester: 1. Kurs 2. bis 6. Juli, 2. Kurs 30. Juli bis 3. August, 3. Kurs 20. bis 24. August
- Für Mitglieder des 3. Ordens beiderlei Geschlechts: 28. Juni bis 2. Juli
- Für Lehrer: 7. bis 11. August
- Für Lehrerinnen: 18. bis 22. August
- Für Männer und Jungmänner: 11. bis 15. Juli
- Für Frauen: 1. Kurs 15. bis 19. August, 2. Kurs 4. bis 8. Oktober
- Für Jungfrauen: 16. bis 20. Mai
- Für Sodales der Marianischen Jungfrauenkongregation: 6. bis 10. September

Die dreitägigen Exerzitien beginnen am Abend und enden am Morgen der angegebenen Tage. Endstationen der Eisenbahn: Georgswalde-Filippdorf in Böhmen und Neugersdorf in Sachsen.

Dresdner Schuh-Vertrieb

G. m. b. H.
Dresden-A., Annenstraße 39
Fernsprecher 14529
Filiale: Gottleubaer Straße 4
Fernsprecher 34568

Zur Fabrikation kauft
Brillanten Perlen
Gold- und Silbergegenstände
Eugen Waibel
Juwelier und Goldschmiedmeister
Dresden-A.
Johann-Georgen-Allee 7
Fernsprecher 11882
Kein Laden.

Sehr vorteilhaft kauft man bei
Strickjacken-Hofmann
Dresden-A., Sternplatz 2, Eingang Annenstraße
Spezialhaus für Strickwaren
Fernspr. 29069 — Straßenbahnlinien 7, 10, 15, 20, 26

Katholiken, kauft bei unseren Inserenten

Keppmühle

Idyllisch im Keppgrund gelegen. Mit Dampfschiff und Straßenbahn (19) von Hostowitz bequem zu erreichen. — Fernsprecher: Amt Pillnitz Nr. 2

Enterlein
bürgt für
Qualitätswaren
Damentaschen
Stets Neuheiten
Schulranzen
Schultaschen
von 5000 Mk. an
Dresden, Waisenhausstraße 23

Musikinstrumente
aller Art, kauft, verkauft, repariert Lorenz, Dresden, Lüttichhausstraße 6.
Harmoniume
mit edl. Orgelton, auch ohne Potententm. 4 stimm. Spielb. Stat. uml. „Lois Maier, Hofl., Fulda.“

Elsa Engel, Erfurt, Pressburger Strasse 10
Damenhüte
sowie Strohhormen, Blumen, Federn, Reiher
Hüte werden modernisiert

Gummimäntel
für Damen und Herren, in allen Farben und Größen auch auf Anzahlung
Oelpalerinen und -Mäntel
Gummiwarenhaus
H. O. Arnold, Erfurt, Langebrücke 42, Johannesstr. 46

Alle Sorten Seifen für Fabrik- und Hausbedarf
Herstellt J. C. Kämmerling, Seifenfabrik
Erfurt, Friedrich-Wilhelm-Platz 17/18.

Trotz Dollarhause und Markentwertung verkaufe ich immer noch zu alten Preisen und biete u. a. an:
Anzug-, Kostüm-, Mantel-, Schlüpfer-Stoffe
in Homespun, gestreift, Fischgrat und Diagonal
per Meter 142/148 breit, 22500, 19800, 17000, 15800, 14200, 12 500
blaue Anzugstoffe 142/148 28500, 24500, 22 000
Covercoat 140/148 24900, 21 400, 19 200
Kleiderstoffe in vielen Farben 7800, 6800
Ferner sämtliche Futterstoffe besonders preiswert.
Günstige Gelegenheit für Schneidermeister, Händler, Hausierer, da noch Extrapreise — Muster nach auswärts gegen 200 Mark.
Fritz Zöller, Tuchhandlung
Erfurt, Neuerbe 38 — Fernspr. 4453

Sommer-Kleider — Blusen
Trikot-Jumper
Große Auswahl — Billigste Preise
Modewarenhaus
Fr. Schmidt & Sohn 192
Moritzgasse 1 Erfurt Ecke Michaelisstr.
Seiden-Jumper
Seiden-Trikotkleider
besonders große Auswahl in reizenden
Kinderkleidchen
empfehl
Hochhaus, Erfurt, Marzialstraße 11.
Kein Laden!